



24. Mai 2008 demonstrierten über 600 Menschen gegen den neuen Kohleblock im Mannheimer Großkraftwerk

»Klimawandel als Herkules-Aufgabe«

Die Rolle von Stiftungen und Philanthropinnen

Seit zwei Jahren ist das Thema Klimawandel in aller Munde. Bundeskanzlerin Merkel brilliert auf internationalem Parkett als Retterin des Weltklimas und lässt zu Hause Klimaschutzpakete beschließen. Erst als das Gutachten der IPCC und der Stern-Report mit dem Wirbelsturm Katharina und einer Verkettung ungewöhnlicher Wetterereignisse in Deutschland zusammenfielen, wurde das Thema

Erderwärmung von Medien und Politik breit wahrgenommen.

Doch das Thema ist nicht plötzlich vom Himmel gefallen. Im Gegenteil: Vorausgegangen ist ein beharrliches »Agenda-Setting« durch die Umweltbewegung, die schon sehr früh, seit Anfang der 1980er Jahre, konsequente Schritte zum Schutz der Erdatmosphäre eingefordert hat. Der Umweltbewegung ist es immerhin gelungen, beim Rio-Gipfel von 1992 das »Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen« durchzusetzen. Auf diesem Rahmenübereinkommen baut das fünf Jahre später verabschiedete Kyoto-Protokoll auf. Nur verhinderten die wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen von Öl-, Kohle- und Automobilindustrie bisher den nötigen Umbau der Gesellschaft.

Stiftungen sollten eigentlich ein Motor für solche Entwicklungen sein und Initiativen unterstützen, die gesellschaftliches Problembewusstsein für neue Themen und öffentlichen Gegendruck erzeugen. Doch beim Klimawandel haben Stiftungen das Thema schlicht verschlafen. Erst im Oktober 2007 ver-

abschiedete der Arbeitskreis »Umwelt, Natur, Gesundheit« im Bundesverband Deutscher Stiftungen die Oberstdorfer Erklärung, in der die Pläne der Bundesregierung zur CO₂-Reduktion unterstützt werden. Damit vollzieht der Arbeitskreis jedoch nur eine Entwicklung nach, die schon vor über zwanzig Jahren von der Umweltbewegung und der kritischen Wissenschaft angestoßen worden ist.

Doch nicht nur das Dach hinkt hinterher. Auch bei den einzelnen Stiftungen sind Aktivitäten gegen den Klimawandel seit Jahrzehnten Fehlanzeige. Nur drei Prozent aller Stiftungen verfolgen den Schutz der Umwelt als Stiftungszweck. Bei Stiftungen, die zwischen 1991 und 2005 gegründet wurden, ist der Anteil zwar höher; er liegt aber auch hier nur bei fünf Prozent.

Auch der Blick darauf, wie Stiftungen ihre Mittel einsetzen, bestätigt die These, dass Stiftungen weniger Innovationsmotor als vielmehr Bewahrer des Bestehenden sind. Nach einer Recherche der Bewegungsstiftung finden sich unter Deutschlands über 100 Umweltstiftungen lediglich ein knappes Dutzend, die über kleinteiligen Naturschutz und Umweltbildungsarbeit hinaus auch einen strukturellen Wandel fördern und dafür Proteste und Lobbyaktivitäten der Umweltbewegung bezuschussen.

Im Mittelpunkt der meisten Stiftungsaktivitäten steht die Behandlung von Symptomen, nicht die Beseitigung tieferer Ursachen. Wir wollen deshalb neuen Schwung in die Diskussion bringen und veranstalten zusammen mit der evangelischen Akademie in Loccum die Tagung »Klimawandel und globale Armut«.

Christoph Bautz

»Klimawandel und globale Armut. Wie Stiftungen und Philanthropinnen zur Lösung beitragen«

**Tagung (nicht nur) für Vermögende
Loccum, 14. bis 16. Nov. 2008**

Weitere Infos:
www.bewegungsstiftung.de

Inhalt

»Atomkraftwerke als Klimaretter?« ... Seite 2

Neue »Förderprojekte« vorgestellt ... Seite 4

Neues vom »Stiftungsrat« ... Seite 5

»Erfolgsspot« Förderprojekt: Freiheit statt Angst ... Seite 6

Atomkraftwerke als Klimaretter?

Gastbeitrag von Regine Richter, urgewald e.V.



Umweltschützer protestieren gegen den Bau eines Atomkraftwerkes in Belene, Bulgarien.

Die Debatte um den Klimawandel hat einen klaren Profiteur: die Atomlobby. Sie nutzt die Besorgnis seit Jahren, um Atomkraft wieder gesellschaftsfähig zu machen, indem sie die Risikotechnologie als Lösung des Klimaproblems präsentiert. So hat das Deutsche Atomforum im vergangenen Jahr mit der Kampagne »Klimaschützer der Woche« für längere Laufzeiten von Atomkraftwerken geworben und dafür prompt den europäischen »Worst Greenwashing Award« erhalten. Eine Auszeichnung für die frechste Schönfärberei. Denn genau darum handelt es sich bei dem Versuch, Atomkraftwerke als Klimaretter darzustellen.

In Wirklichkeit nützen Atomkraftwerke nicht beim Kampf gegen den Klimawandel. Dem kann nur mit einem radikalen Umbau des gesamten Energiesystems begegnet werden: weg von fossilen und nuklearen Energiequellen hin zu Energieeffizienz, Energiesparen und Erneuerbaren Energien. Atomkraftwerke sind das Gegenteil von effizient: Sie sind große zentrale Anlagen, die bei der Energieproduktion anfallende Wärme nicht nutzen können. Diese Wärme heizt stattdessen über das Kühlwasser die Flüsse

auf. Aus Klimaschutzsicht wären dezentrale Kraftwärmekopplungs-Anlagen viel sinnvoller, die Strom produzieren und die anfallende Wärme mitnutzen.

Auch beim »Energiesparen« schneiden Atomkraftwerke schlecht ab. Da sie eine konstante Strommenge produzieren, verleiten sie zur Energieverschwendung: Die Dauerbeleuchtung der belgischen Autobahnen geht ebenso auf die Atomkraftnutzung zurück wie die Einführung von

Nachtspeicherheizungen in Deutschland. Beides waren Versuche, den produzierten Strom auch in der Nacht zu nutzen. Gerade bei Nachtspeicherheizungen ist der Gipfel der Verschwendung erreicht, wenn der mit hohen Energieverlusten hergestellte Strom eingesetzt wird, um erneut Wärme zu produzieren.

Schließlich stehen Atomkraftwerke der Nutzung Erneuerbarer Energien sowie dem Umbau des Energiesystems im Weg. In Deutschland soll mit dem Klima-Argument vor allem der Weiterbetrieb alter Atomanlagen durchgesetzt werden. Damit wird allerdings verhindert, dass der Energiesystem-Umbau ernsthaft geplant und umgesetzt wird. Solange der subventionierte Atomstrom zur Verfügung steht, gibt es zum Beispiel keinen Anreiz, Gas- und Ölheizungen durch kleine Blockheizkraftwerke zu ersetzen, die Strom und Wärme produzieren.

In Ländern, in denen Atomkraftwerke sogar noch neu gebaut werden, ist der Effekt noch schlimmer. So wurde in Finnland der Neubau eines AKW beschlossen, weil das angeblich knapp billiger als der entsprechende Ausbau Erneuerbarer Energien sei. Doch nach knapp drei Jahren Bauzeit liegen die Kosten des AKW Olkiluoto 3 bereits um die Hälfte höher als vorhergesagt (4,5 Mrd. Euro statt 3 Mrd. Euro) und niemand glaubt, dass dies das Ende der Kostensteigerung ist.

Die hohen Kosten sind ein weiterer Grund, warum die Atomlobby die »Klimafreundlichkeit« der AKW so betont. Der Ausbau der Atomkraft war in der Vergangenheit nur mit massiven Subventionen möglich. Mit dem Hinweis, dass Atomkraft gut fürs Klima sei, sollen nun neue Subventionsmöglichkeiten erschlossen werden. Ohne Subventionen wird die beschworene »Atomrenaissance« wegen der hohen Kosten und der ungeklärten Entsorgungsfragen kaum möglich sein.

www.urgewald.de

Zum Weiterlesen »Atomenergie dient nicht dem Klimaschutz – Argumente gegen die Propaganda der Atomlobby«

von Regine Richter, Bettina Dannheim (urgewald, Robin Wood und .ausgestrahlt)

A6-Broschüre, zu bestellen bei Robin Wood, Postfach 10 21 22, 28021 Bremen, info@robinwood.de

»Juristische Selbsthilfe für gewaltfreie Aktion«

Bewegungsarbeiter Holger Isabelle Jänicke vorgestellt



Sitzblockaden, freiwillige Feldbefreiungen, Demonstrationen und gewaltfreier Widerstand. Das sind die Themen, mit denen sich Holger Isabelle Jänicke fast täglich auseinandersetzt. Er sorgt seit Jahren für die rechtliche Vor- und Nachbereitung von Aktionen des Zivilen Ungehorsams und anderen Protestformen sozialer Bewegungen. Dabei kann er auf umfangreiche eigene Erfahrungen zurückgreifen, die er während seines jahrelangen Engagements in der Friedensbewegung im Umgang mit der bundesdeutschen Justiz gemacht hat.

Geboren 1962 in Lübeck verbrachte Holger Isabelle Jänicke seine Jugend im Schwäbischen und im Badischen. In den verschiedensten politischen Zusammenhängen organisierte er eine Vielzahl von Blockaden und Aktionen gegen Wettrüsten und Krieg.

Nach Stationen in Mutlangen und Dortmund, wo er sich ebenfalls mit Themen der Friedensbewegung auseinandersetzte, begann er im Jahr 2000 einen neuen Abschnitt in seiner Karriere, der bis heute andauert: sein Engagement in der Rechtshilfe-Gruppe der Anti-Atom-Kampagne »X-tausendmal quer«. 2005 zog er schließlich nach Hamburg und übernahm zusätzlich die Rechtshilfearbeit in der Anti-Gentechnik-Initiative »Gendreck weg«. Insgesamt hat Holger Isabelle mehr als ein Jahr

im Gefängnis verbracht, verurteilt für sein Gewaltfreies Engagement in der Friedensbewegung. Außerdem betreute er zahllose Prozesse anderer AktivistInnen und reichte mehrfach selbst Klagen bei verschiedenen Gerichten ein. Diesen enormen Fundus an Wissen und Sachverstand lässt er seit Jahren verschiedenen Bewegungen zugute kommen.

Für Holger Isabelle fängt die Auseinandersetzung mit der juristischen Seite der Staatsmacht nicht erst an, wenn die erste Anklageschrift ins Haus flattert, sondern sie ist von Anfang an Teil der Aktionen. »Schon in der Planung der Aktionen geht es darum, mit Hilfe des Versammlungsrechts Handlungsräume für die Aktivistinnen zu schaffen und die Mobilität im Aktionsraum sicherzustellen«, so Holger Isabelle.

Eine zentrale Aufgabe sieht er darin, in den juristischen Verfahren nach der Aktion zu unterstützen. Dabei reicht es ihm nicht, dem Angeklagten einen Anwalt zu vermitteln, der ihn gut durch den Prozess bringt, sondern er will mehr erreichen:

»Die Gewaltfreie Bewegung zielt auch darauf ab, Hierarchien abzubauen, auch indem wir uns selbst fundiert mit den Themen auseinandersetzen. Das muss auch für juristische Fragen gelten. Jede/r Einzelne muss in die Lage versetzt werden, das eigene Handeln – und eben auch den eigenen Prozess – zu bestimmen. Deshalb lege ich größten Wert darauf, den AktivistInnen das Recht so zu erklären, dass sie auch in diesem Bereich den Autoritäten die Stirn bieten können.«

Ein so umfassendes Verständnis von Rechtshilfe, wie es Holger Isabelle vertritt, ist in sozialen Bewegungen selten zu finden. Ohne den juristischen und psychologischen Beistand von Menschen wie ihm ist es sehr schwierig, gewaltfreie Aktionen erfolgreich durchzuführen. Holger Isabelle braucht weitere Unterstützung durch neue Patenschaften, damit er seine Erfahrungen und seinen Sachverstand weiterhin möglichst vielen Gruppen kostenlos zur Verfügung stellen kann.

PatIn werden!

BewegungsarbeiterInnen wie Holger Isabelle Jänicke werden in ihrem Engagement als VollzeitaktivistInnen von PatInnen durch regelmäßige kleinere und größere Beiträge unterstützt. Wer BewegungsarbeiterInnen unterstützen will, kann sich mit der Geschäftsstelle der Bewegungsstiftung in Verbindung setzen oder gleich online Patin oder Pate werden:

www.bewegungsstiftung.de/patenschaften.html

»Anstöße für soziale Bewegungen – neue Förderprojekte«



»urgewald baut AktivistInnen-Netz aus«

Die Umweltorganisation »urgewald« war bisher vor allem für ausgezeichnete Recherchen und wirkungsvollen Lobbyismus bekannt. Im letzten Jahr hat »urgewald« zusätzlich die Lust am Aktivismus gepackt.

Das bereits vorhandene bundesweite Netzwerk von AktivistInnen wird ausgebaut, damit »urgewald« kurzfristig und öffentlichkeitswirksam intervenieren kann, wenn sich die Organisation mit Konzernen und Banken anlegen will.

Die Bewegungsstiftung unterstützt diesen Plan in den nächsten drei Jahren mit einer Basisförderung in Höhe von 45.000 Euro.

www.urgewald.de

»unsere zukunft – atomwaffenfrei«

Die Kampagne »unsere zukunft – atomwaffenfrei« will das Thema nukleare Abrüstung wieder in die Öffentlichkeit tragen. Ihre Ziele sind den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland zu erreichen und Deutschland dazu zu bewegen, die Mitarbeit an der NATO-Nuklearpolitik zu beenden. Die Kampagne will mit den Mitteln des Protests politischen Druck erzeugen. Die Bewegungsstiftung fördert »unsere zukunft – atomwaffenfrei« mit 7.000 Euro.

www.atomwaffenfrei.de

»Kein Block 9 im Kohlekraftwerk Mannheim«

Die Initiative Klima und Energie Mannheim (IKEMA) will den Neubau eines Kohlekraftwerks verhindern. Sie ist damit Teil der neuen bundesweiten Anti-Kohlekraft-Bewegung gegen die Klimakiller der Stromkonzerne. Die Kampagne erhält von der Bewegungsstiftung einen Zuschuss in Höhe von 7.800 Euro.

www.ikema.org

»Neue Bewegungsarbeiterinnen«

Stephanie Mayfield

Bewegungsarbeiterin für einen radikalen Feminismus

Eine feministische Bewegung, so stellt die 22-Jährige in ihrer Bewerbung fest, gibt es nicht. Sie ist vielmehr in viele Strömungen aufgespalten und verliert so die Kraft, aus der rechtlichen Gleichstellung auch eine tatsächliche zu machen. Mit ihrer Bewegungsarbeit will sie helfen die Spaltung zu überwinden.

Cécile Lecomte

Bewegungsarbeiterin mit Kletterausrüstung

Ihre bevorzugte Aktionsform hat Cécile Lecomte den Spitznamen gegeben: Eichhörchen. Die französische Jugendmeisterin im Klettern nutzt ihren Sport, um gegen Atommülltransporte, Genmais und Straßenbau zu protestieren.

www.bewegungsstiftung.de/patenschaften.html

stiftung bridge Bürgerrechte in der digitalen Gesellschaft



SAFER PRIVACY

»Wir allen haben etwas zu schützen – unsere Privatsphäre«

Ziel der Kampagne ist die kritische Auseinandersetzung mit der aktuellen so genannten Sicherheitspolitik. »SAFER PRIVACY« soll Gegenargumente liefern. Das klassische Argument »Wer nichts zu befürchten hat...« wird aufgebrochen. Die Stiftung bridge fördert die Kampagne mit 5.000 Euro.

www.safer-privacy.org

»Zusätzliche bridge-Förderrunde im Herbst«

Da für das Jahr 2008 noch ein Betrag von 10.000 Euro zur Verfügung steht, gibt es in diesem Jahr eine zusätzliche Förderrunde im Herbst: Antragsschluss ist wie bei der Bewegungsstiftung der 15. September.

www.stiftung-bridge.de

»Neues vom Stiftungsrat«

Der fünfköpfige Stiftungsrat ist das zentrale Entscheidungsorgan der Stiftung. Er legt die Förderrichtlinien fest und wählt auf Basis der Empfehlungen der StifterInnen die zu fördernden Kampagnen und Organisationen aus. Ebenso entscheidet er über die Anlage des Stiftungskapitals.

Viermal im Jahr kommt der Stiftungsrat zu Beratungen zusammen und entscheidet im Regelfall im Konsens. Ist ein Konsens nicht zu erreichen, entscheidet der Stiftungsrat mit qualifizierter Mehrheit (zwei Drittel der Stimmen).

Tim Weber

scheidet aus dem Stiftungsrat aus



Mit der Wahl seiner Nachfolgerin Jutta Sundermann ist Tim Weber im März 2008 aus dem Stiftungsrat ausgeschieden. Der Aktivist von Mehr Demokratie e.V. und freie Fundraising-Berater hat die geförderten Projekte

drei Jahre lang im Stiftungsrat vertreten. Wir bedanken uns ganz herzlich für seine engagierte und kompetente Mitarbeit!

Jutta Sundermann

ist in den Stiftungsrat gewählt



Während der diesjährigen Strategiewerkstatt wurde Jutta Sundermann als Vertreterin der geförderten Projekte in den Stiftungsrat gewählt. Die langjährige Aktivistin engagiert sich derzeit schwerpunktmäßig gegen Gentechnik in der Landwirtschaft. Außerdem streitet sie mit der globalisierungskritischen Organisation »Attac« für ein konzernfreies, soziales und ökologisches Zusammenleben auf diesem Planeten. Seit einigen Monaten wird Jutta Sundermann auch als Bewegungsarbeiterin von der Stiftung unterstützt. Wir heißen Jutta Sundermann im Stiftungsrat herzlich willkommen und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit!



Neue Mitarbeiterin: Yvonne Moderecker

Seit dem 1. Januar 2008 verstärkt Yvonne Moderecker das Team der Bewegungsstiftung. Sie sorgt unter anderem dafür, dass die Arbeit der Gremien reibungslos läuft, die Website stets aktuell ist und die wachsende Zahl von Anfragen zuverlässig und schnell beantwortet werden. Die Soziologin und Mutter eines Kindes engagiert sich in der Frauenbewegung und interessiert sich für Queer Politics.

Impressum:

Herausgeber

Bewegungsstiftung
Artilleriestraße 6, 27283 Verden

Mitarbeiter

Jochen Stay, Yvonne Moderecker,
Henning Wellmann

Verantwortlich

Felix Kolb
kolb@bewegungsstiftung.de

Kontakt

Telefon 04231 - 95 75 40
Fax 04231 - 95 75 41
info@bewegungsstiftung.de
www.bewegungsstiftung.de

Bankverbindung

Bewegungsstiftung
GLS Gemeinschaftsbank e. G.
Konto 46 314 400, BLZ 430 609 67

Layout

Freiraum Kommunikation, Köln
www.freiraum-koeln.de

Druck

Pachnicke, Göttingen

Papier

Lenza-Top-Recycling aus 100% Altpapier,
ausgezeichnet mit dem Umweltengel



So setzt sich der Stiftungsrat zusammen: je eine VertreterIn der StifterInnen (**Ute Gerber**, dritte von links) und der geförderten Projekte (**Jutta Sundermann**, zweite von links) sowie drei Personen mit besonderen Kenntnissen in sozialen Bewegungen oder mit eigenen aktiven Erfahrungen. Dabei handelt es sich um **Prof. Dr. Dieter Rucht** (erster von links), **Dr. Gisela Notz** (zweite von rechts) und **Eckart Spoo** (erster von rechts).

»Erfolgs- spot«

Förderprojekt

Freiheit statt Angst:

Der FoeBuD macht Druck gegen den Überwachungsstaat



Am 27. Februar 2008 protestieren Aktivisten des FoeBud vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die umstrittene Online-Durchsuchung.

Zum ersten Mal seit 1987, dem Jahr der Bewegung gegen die Volkszählung, stößt die staatliche Datensammelwut wieder auf breite Proteste. Zu verdanken ist das indirekt Wolfgang Schäuble und seiner schier grenzenlosen Überwachungswut, direkt aber vor allem dem FoeBuD e.V. aus Bielefeld. Seine Arbeit zeigt erste Erfolge.

Onlinedurchsuchungen, Vorratsdatenspeicherungen, elektronische Gesundheitskarte, biometrische Ausweisdokumente – die Liste der staatlichen Ungeheuerlichkeiten in Sachen Überwachung der eigenen BürgerInnen ist lang. Obwohl schon Otto Schily nach dem 11. September 2001 hart am Abbau von Grundrechten gearbeitet hat, gelingt es Wolfgang Schäuble noch, seinen Vorgänger zu überbieten.

Schien es vor kurzem noch so, als ließen sich die Menschen, die in einer Zeit des Daten-Exhibitionismus in Internet-Communities wie StudiVZ leben, alles gefallen, ist im letzten

Jahr eine starke Gegenbewegung entstanden. 15.000 Menschen demonstrierten unter dem Motto »Freiheit statt Angst« in Berlin. An der größten Verfassungsbeschwerde aller Zeiten – der Beschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung – beteiligen sich 34.451 Menschen. Maßgeblich angestoßen wurde die neue Bewegung von den Bielefelder Datenschutz-AktivistInnen vom FoeBuD e.V.

Und die Proteste zeigen Wirkung: Das Bundesverfassungsgericht hat in zwei Aufsehen erregenden Urteilen der staatlichen Datensammelwut Einhalt geboten. Im März hat Karlsruhe das nordrhein-westfälische Gesetz zur Online-

Durchsuchung gestoppt und hohe Hürden für den geplanten »Bundes-trojaner« aufgestellt. Außerdem hat das Bundesverfassungsgericht bei der Entscheidung über die vom FoeBuD e.V. finanzierte Klage ein neues Grundrecht formuliert: das »Grundrecht auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme« oder kurz gesagt das »Grundrecht auf digitale Privatsphäre«. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts geht damit deutlich über den konkreten Fall hinaus.

Im Verfahren um die Vorratsdatenspeicherung hat das Bundesverfassungsgericht im Mai in einer Eilentscheidung zumindest Teile des Gesetzes außer Kraft gesetzt. Das Urteil in der Hauptsache steht noch aus.

www.foebud.org

Der FoeBuD wird durch die Stiftung bridge mit einer Basisförderung unterstützt. Über drei Jahre fließen insgesamt 40.000 Euro an die Organisation.

Risikokapital für ökologische Innovationen

Die »Murphy & Spitz Green Capital Aktiengesellschaft« ist eine Beteiligungsgesellschaft, die Risikokapital für junge Unternehmen mit ökologischer Ausrichtung zur Verfügung stellt. Solche Risikokapitalgeber sind während der Einführung von innovativen Technologien oder Produkten die einzigen, die Geld zur Verfügung stellen. Gerade im Bereich Erneuerbarer Energien gibt es eine Vielzahl mittelständischer Unternehmen, die mit neuen Ideen in den Startlöchern stehen.

Als Stiftung wollen wir mit einem kleinen Teil unseres Vermögens genau diesen Unterneh-

men das benötigte Risikokapital zur Verfügung stellen. Um dies unmittelbar tun zu können, fehlen uns aber die Kenntnisse und Fähigkeiten. Über die Green Capital AG haben wir die Möglichkeit, uns indirekt an ökologischen Pionierunternehmen zu beteiligen. Derzeit hält die Bewegungsstiftung an der Green Capital AG Aktien im Wert von 72.000 Euro, die rund zwei Prozent des Stiftungsvermögens ausmachen.

Die Beteiligungsgesellschaft verfügt über ein Volumen von rund 2,5 Millionen Euro und investiert vor allem in die Branchen Nachwach-

sende Rohstoffe und Erneuerbare Energien. Sie gibt das Geld an Unternehmen, die bisher nicht an einer Börse notiert sind.

Die Initiatoren managen seit einigen Jahren erfolgreich die Umweltaktiendepots Deutschland und Welt und sind in der Branche sehr gut vernetzt. Mit ihrer Erfahrung und ihrem Bekanntheitsgrad haben sie Zugang zu besonders innovativen Unternehmen.

www.greencapital.de